

Die leisen Helfer am Hindukusch

Fotoreporterin Ursula Meissner im **Interview** über die Arbeit der deutschen Polizisten in Afghanistan

VON SASKIA TREBING

KABUL. Knapp 150 deutsche Polizisten arbeiten als Ausbilder in Afghanistan. Sie sollen helfen, das Land zu stabilisieren. Über die Bedeutung ihres Einsatzes haben wir mit Fotoreporterin Ursula Meissner gesprochen, die die deutschen Ordnungshüter am Hindukusch begleitet hat.

Frau Meissner, die deutschen Medien konzentrieren sich auf die Soldaten in Afghanistan. Fühlt sich die Polizei vergessen?

URSULA MEISSNER: Ja, weil niemand über sie berichtet. Sie haben kaum Öffentlichkeit, obwohl sie viel leisten.

Warum wird diese Arbeit so wenig beachtet?

MEISSNER: Weil sie in der Diskussion um den Bundeswehreininsatz fast völlig untergeht. Dabei tragen die Polizisten einen großen Teil zur Sicherheit bei. Die Bundeswehr hat ja mit dem Aufbau von Polizeidistrikten nichts zu tun. Die deutschen Polizisten sind viel näher an den Menschen als die Soldaten.

Welche Aufgaben hat die Polizei genau?

MEISSNER: Sie muss Polizeistationen in den Distrikten aufbauen. Da gibt es ja nichts: keine Ausbildung, keine Materialien, manchmal nicht mal Geld für Strom. Die Deutschen bilden afghanische Polizisten aus und bringen ihnen bei, was sie können müssen: Schießen, Häuserkampf, Organisation.

Können die afghanischen Polizeischüler mit deutscher Gründlichkeit etwas anfangen?

MEISSNER: Ja, danach richtet sich das meiste. Der Straßenverkehr in Kabul ist chaotisch. Dort werden die deutschen Richtlinien eingeführt. In den Klassenzimmern hängen deut-



Hilfe für zukünftige Ordnungshüter: Deutsche Polizisten bilden afghanische Polizeianwärter aus.

Foto: Meissner

sche Verkehrsschilder. Früher war es üblich, dass afghanische Polizisten mit Knütteln zuschlugen. Die Deutschen wollen ihnen ein anderes Selbstverständnis geben.

US-Präsident Obama setzt auf „Sicherheit von unten“. Was bedeutet das?

MEISSNER: Damit sind kleinere Projekte in den Distrikten



AFGHANISTAN

gemeint. Man muss etwas für die Bauern auf dem Land tun, damit sie Vertrauen fassen. Dazu gehört der Aufbau von Polizeistationen, aber auch Brunnenbau oder Hilfe in der Landwirtschaft. So baut man sich Freunde auf.

Viele Afghanen stehen der Bundeswehr feindlich gegenüber. Wie reagiert die Bevölkerung auf die Polizisten?

MEISSNER: Meistens werden sie mit offenen Armen empfangen. Polizisten haben ein ganz anderes Ansehen als Soldaten, weil sie mit den Menschen sprechen. Die Beamten können auf dem Basaren herumlaufen. Das ist dem Militär unmöglich, weil es angegriffen wird. Ein Großteil der Soldaten sieht heute keinen einzigen Afghanen mehr.

Trotzdem hat es 2007 drei tote Polizisten gegeben. Wie gefährlich ist der Einsatz?

MEISSNER: Das kommt darauf an. In den Distrikten ist es nicht so gefährlich wie in Kabul. Dort ist die Angst vor Selbstmordanschlägen immer da.

Die neuen afghanischen Polizisten stehen für den Wandel im Land. Macht sie das zum Ziel von Anschlägen?

MEISSNER: Ja, es sind schon viele afghanische Polizisten umgekommen. Die Anhänger der Taliban haben es auf sie abgesehen.

Was sind das für Leute, die das Risiko auf sich nehmen?

MEISSNER: Viele waren schon vorher Polizisten und werden nun weitergebildet. Ansonsten kommen sie von überall. Polizist ist kein sehr privile-

giertes Beruf. Das Gehalt liegt bei 80 Dollar im Monat, das ist auch in Afghanistan nicht viel.

Reicht die Zahl der deutschen Polizisten eigentlich aus, um die Arbeit in den Distrikten auszubauen?

MEISSNER: Nein, obwohl die Deutschen nur einen Bruchteil von fast 400 Distrikten in Ordnung bringen wollen. Aber deutsche Polizisten müssen freiwillig kommen, man kann sie nicht kommandieren wie Soldaten. Außerdem fehlen auch Entwicklungshelfer.

Das Ziel ist, deutsche Soldaten früher als geplant abzuziehen. Wie kann das funktionieren?

MEISSNER: Wenn noch mehr Polizei ausgebildet wird und sich die Leute in den Distrikten ernst genommen fühlen, kann das Militär nachhause gehen. Dann kann die afghanische Polizei selbst für Sicherheit sorgen.

Zur Person

Ursula Meissner (45) ist seit 15 Jahren in Kriegsgebieten unterwegs. Über den Krisenherd Afghanistan hat sie 2008 den Bildband „Rosen, Mohn, 30 Jahre Krieg“ (Bucher Verlag) veröffentlicht. Die Fotoreporterin ist verheiratet und lebt in Mainz. (st)



Zank, Frust, Blockade

Große Koalition in Kiel am Ende



Streithähne: Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU, rechts) kündigt die Zusammenarbeit mit SPD-Landeschef Ralf Stegner auf.

Foto: ap

VON WOLFGANG SCHMIDT

KIEL. Seit über zwei Jahren hat sich die große Koalition in Schleswig-Holstein ihrem Ende entgegen manövriert. Hauptstreitpunkte waren zuletzt die Lage bei der staatlichen HSH Nordbank und ein geplantes Sparprogramm. Zank, Misstrauen, Frust, Politik-Blockade - die Koalition mit den „Streithähnen“ Peter Harry Carstensen (CDU) und Ralf Stegner (SPD) kam aus der Dauerkrise nicht mehr heraus.

Nun platzte Carstensen, der mit Stegner im Dauer-Clinch liegt, der Kragen. Nach dem einstimmigen Votum der CDU-Fraktion soll der Landtag am Freitag seine Auflösung zum Montag beschließen - was wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit nur mit SPD-Stimmen geht. Die CDU will den Landtag am 27. September wählen lassen, dem Tag der Bundestagswahl. Stegner wies die Forderung umgehend zurück. „Die SPD steht zur Koalition“, sagte er.

Bosbach: Signal für Berlin

Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Wolfgang Bosbach, erwartet Auswirkungen auf den Bundestagswahlkampf. „Das ist auch ein Signal für Berlin“, sagte er. „Eine große Koalition ist auf Dauer keine Lösung.“ (dpa/ap)

Namen und Nachrichten

Marco-Prozess auf September vertagt

Nach nur zweiminütiger Verhandlung ist gestern im türkischen Antalya der Missbrauchsprozess gegen den deutschen Schüler Marco aus Uelzen vertagt worden. Es habe nicht genügend Zeit gegeben, neue Akten zu studieren, sagte ein Gerichtssprecher. Der Prozess wird am 16. September fortgesetzt. Marco (inzwischen 19) wird vorgeworfen, im Osterurlaub 2007 die damals 13-jährige Britin Charlotte sexuell missbraucht zu haben. Der Schüler bestreitet die Vorwürfe.

Iran: Bundesregierung schuld an Mord

Die Ägypterin Marwa El-Sherbini ist nach Ansicht der Führung in Teheran im Auftrag der Bundesregierung ermordet worden. Eine Stellvertreterin von Präsident Mahmud Ahmadinedschad sagte in einem Interview: „Der Mörder hat ohne Weiteres den Gerichtssaal mit einer Waffe betreten, daher sollten wir davon ausgehen, dass er im Auftrag der Bundesregierung gehandelt hat.“ Die Ermordung der Ägypterin in Dresden hatte in der islamischen Welt zahlreiche Proteste ausgelöst.

Namen und Nachrichten

Grünenthal zahlt 50 Millionen Euro

Die noch 2800 Conterganopfer in Deutschland können mit baldigen Sonderzahlungen rechnen. Der Aachener Pharmakonzern Grünenthal hat die versprochenen 50 Millionen Euro an die Conterganostiftung überwiesen. Die Bundesregierung zahlt weitere 50 Millionen Euro. Die Betroffenen erhalten je nach Grad der Schädigung über 25 Jahre einen Jahresbetrag von bis zu 3500 Euro, teilte der Bundesverband Contergangeschädigter gestern mit. Das sei ein wesentlicher Teilerfolg, erfülle aber nicht die Erwartungen der Geschädigten.

Ausschreitungen vor rechtem Szenetreff

Nach einem Überfall von rechtsgerichteten Schlägern auf einen Passanten in Berlin ist es in der Nacht zu Mittwoch zu schweren Ausschreitungen vor einem rechten Szenetreff gekommen. Rund 60 schwarz Vermummte griffen eine Diskothek im Stadtteil Friedrichshain an, die als Treffpunkt von Rechtsgerichteten gilt, teilte die Polizei mit. Sie warfen Steine auf das Lokal, das allerdings geschlossen war. Die Polizei schickte drei Hundertschaften in das Viertel, um die Lage unter Kontrolle zu bringen. Bei dem Überfall in der Nacht zum Sonntag war das 22-jährige Opfer schwer verletzt worden. Die Polizei erklärte, ein Zusammenhang zwischen beiden Vorfällen sei bislang nicht zu belegen, aber auch nicht abwegig.

Zugriff auf E-Mails erlaubt

Richter erweitern Beschlagnahmerecht von Ermittlern bei elektronischer Post

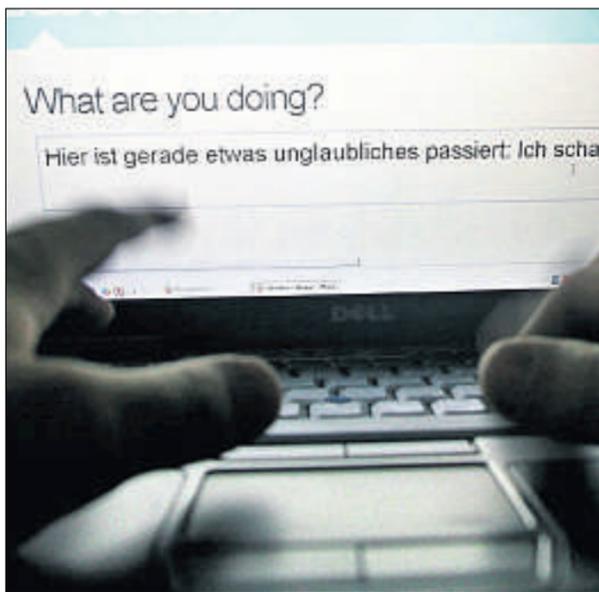
KARLSRUHE. Ermittler dürfen selbst dann auf E-Mails zugreifen, wenn die elektronische Post nur auf Servern eines Providers abgespeichert ist. Dies geht aus einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hervor. Für das Beschlagnahmen von E-Mails brauchen die Ermittler allerdings einen richterlichen Beschluss, wie aus der Entscheidung hervorgeht. In welchen Fällen dürfen Fahnder E-Mails beschlagnehmen? Dazu Fragen und Antworten:

Wie sind E-Mails rechtlich geschützt?

Senden und Empfangen von E-Mails fallen unter den Schutz des Brief- und Fernmeldegeheimnisses. Dieser Schutz endet allerdings, wenn die E-Mail beim Nutzer angekommen und der Übertragungsvorgang beendet ist, wie das Bundesverfassungsgericht 2006 klargestellt hat. Die Begründung: Nach der Übertragung könne der Empfänger die E-Mail ja löschen und sich so vor unerwünschtem Zugriff schützen. Für E-Mails, die Online auf einem Mail-Server gespeichert sind, gilt das Fernmeldegeheimnis dagegen dauerhaft: Schließlich seien diese E-Mails besonders schutzbedürftig, meinen die Richter.

Dürfen Ermittler E-Mails beschlagnehmen?

Das Bundesverfassungsgericht hat die E-Mail dem



Sensibler Schriftverkehr: Polizei darf auch auf E-Mail-Server zugreifen, hat das Verfassungsgericht entschieden.

Foto: dpa

Brief gleichgestellt. Das Briefgeheimnis schützt vor einem heimlichen Öffnen während des Transports; ein Eingriff ist nur beim Verdacht auf eine schwere Straftat erlaubt. Liegt ein Brief aber auf dem Schreibtisch eines Verdächtigen - oder eine E-Mail auf dessen Festplatte - und gibt es einen Bezug zu einem Ermittlungsverfahren, dann kann beschlaggenommen werden.

Können nur lokal gespeicherte E-Mails beschlaggenommen werden?

Nein. Mit der Entscheidung ist klar, dass auch E-Mails beschlaggenommen und zur Auswertung mitgenommen werden dürfen, die extern auf Mail-Servern von Providern liegen. Erlaubt ist dies, wenn der Eingriff in das Fernmeldegeheimnis verhältnismäßig ist und die Vorschriften der Strafprozessordnung eingehalten werden, wie die Richter betonen. Jedenfalls seien die Wirksamkeit der Strafverfolgung und die Verbrechensbekämpfung so wichtig, dass Eingriffe gerechtfertigt sein könnten.

Was sind das für Server, auf denen E-Mails gespeichert werden?

Viele E-Mail-Provider bieten Webmail an: Je nach Einstellung ist es möglich, dass E-Mails auch dann noch auf einem Server bleiben, wenn sie bereits vom Nutzer auf den Heim-Rechner geladen beziehungsweise von dort gelöscht wurden. Weil die Provider viel Speicherplatz bieten, können sich dort schnell Online-Archive mit tausenden von E-Mails bilden. Um den Zugriff auf solche Online-Archive ging es bei der neuen Entscheidung der Verfassungsrichter.

Müssen sich die Fahnder beim Beschlagnahmen die relevanten E-Mails aus diesen Archiven herauspicken?

Im Grunde ja, aber... Zwar sollen es die Ermittler nach Möglichkeit vermeiden, „überschießende, für das Verfahren bedeutungslose Daten zu gewinnen.“ Da eine Sortierung während der Durchsuchung aber oft nicht möglich sein dürfte, dürfen vorläufig auch größere Teile oder das gesamte E-Mail-Archiv kopiert und mitgenommen werden.

Welche E-Mails müssen unberührt bleiben?

E-Mails, deren Inhalte zum „Kernbereich privater Lebensgestaltung“ zählen, dürfen nach dem Urteil des Verfassungsgerichts die Fahnder nicht anschauen, wenn es sich vermeiden lässt. (ap)